



Panorama des Plenarsaals der Nationalversammlung

Ein früher Blick auf die Präsidentschaftswahl

Wer kann Frankreich noch regieren?

dfi-analyse Mai 2026

In knapp einem Jahr wählt Frankreich. Das Land befindet sich in einer frühen schon sehr dynamischen Phase der Kampagne um das höchste Staatsamt: Das Kandidatenfeld fängt an sich zu formen, programmatische Bücher und Schriften werden veröffentlicht und beworben. Sicher ist heute nur dies: Diese Präsidentschaftswahl markiert das Ende der Ara Emmanuel Macron. Was sie hingegen einläutet, ist alles andere als klar. Drei Faktoren – die Stimmung im Land, die wirtschaftliche Lage und das politische Kräfteverhältnis – geben Hinweise. Sie zeichnen das Bild eines Landes in Vollzugszwang, das aber von einer Politik geprägt ist, die sich immer schwerer tut zu regieren, geschweige denn zu reformieren.

Die Autorin Isabell Hoffmann, neue Leiterin des dfi

Isabell Hoffmann ist Politikwissenschaftlerin. Sie studierte an der renommierten Sciences Po Paris, wo sie 2003 den Master of Public Policy erwarb. Von 2005 bis 2007 war sie Redakteurin im politischen Ressort der Wochenzeitung DIE ZEIT. Ab 2008 arbeitete sie bei der Bertelsmann Stiftung zu Fragen der Demokratie in der EU und Legitimität europäischer Politik.

Ab 2015 baute sie bei der Bertelsmann Stiftung eupinions – eine Plattform für europäische Meinungsforschung – auf und leitete sie. Ihre Analysen wurden international rezipiert. 2021 war sie Mitglied des Beratungsausschusses für die französische EU-Ratspräsidentschaft 2022 unter Europaminister Clément Beaune.

Das Europaforum Luzern zeichnete sie 2022 als „Impulsgeberin Europa“ aus.



Ludwigsburgs OB Matthias Knecht begrüßt die neue Direktorin des dfi, Isabell Hoffmann
© dfi

„Wir freuen uns sehr, Isabell Hoffmann als neue Direktorin gewonnen zu haben. Sie vereint tiefgreifendes europäisches Fachwissen mit einem exzellenten Netzwerk und einer biographisch verwurzelten Leidenschaft für das deutsch-französische Verhältnis - beste Voraussetzungen, um das dfi in die Zukunft zu führen.“ - Sylvie Goulard, Präsidentin des dfi

„Ich freue mich sehr auf diese Aufgabe. Deutsch-französische Freundschaft und Zusammenarbeit bleiben Herzstück und Kraftzentrum europäischer Politik. In dieser Periode der multiplen Zeitenwenden ist die Arbeit des dfi relevanter denn je.“ - Isabell Hoffmann, Direktorin des dfi



ANSPRECHPARTNER/IN

Isabell Hoffmann

Direktorin
[+49 7141-9303-22](tel:+497141930322)
hoffmann@dfi.de
[Details](#)

Vertrauensverlust auf historischem Niveau

Die Stimmung im Land ist beunruhigend. Das jüngste *Baromètre de la confiance politique* des CEVIPOF (Februar 2026: [Quelle](#)) verzeichnet eine Vertrauenskrise von historischem Ausmaß: Nur 22 Prozent der Französischen und Franzosen vertrauen noch der Politik - ein Rückgang von vier Punkten gegenüber dem Vorjahr. Auch im internationalen Vergleich sind die Zahlen schlecht: In Italien sind es 40 Prozent, in Großbritannien 44 und in Deutschland 45 Prozent. Den Parteien vertrauen nur noch 15 Prozent der Franzosen, dem Staatspräsidenten noch 18 Prozent.

Charakteristisch ist nicht nur das Misstrauen gegenüber den nationalen Eliten, sondern der scharfe Kontrast zur lokalen Ebene: Die Bürgermeister genießen weiterhin zu 60 Prozent Vertrauen. Dieser Gegensatz ist das Echo des Stadt-Land-Bruchs, der Frankreichs politische Geographie seit den Gilets jaunes prägt. 87 Prozent der Französischen und Franzosen meinen, ihre Anliegen würden von der nationalen Politik nicht gehört - in Deutschland ist es etwa die Hälfte. Es ist dieser Eindruck von Folgenlosigkeit politischer Beteiligung, der das politische Klima in Frankreich am stärksten von dem in den Nachbarländern unterscheidet und Frust und Zorn schürt.

Wirtschaft: ein doppelter Schatten

Zudem drückt die wirtschaftliche Lage auf die Stimmung. Frankreichs Haushaltsproblem zeigt sich mittlerweile selbst im Alltag der Franzosen durch rückläufige staatliche Leistungen. Auch die europäischen Partner beobachten beunruhigt die Entwicklung der französischen Staatsschulden: Das Haushaltsgesetz 2026, am 19. Februar 2026 nach Anwendung von

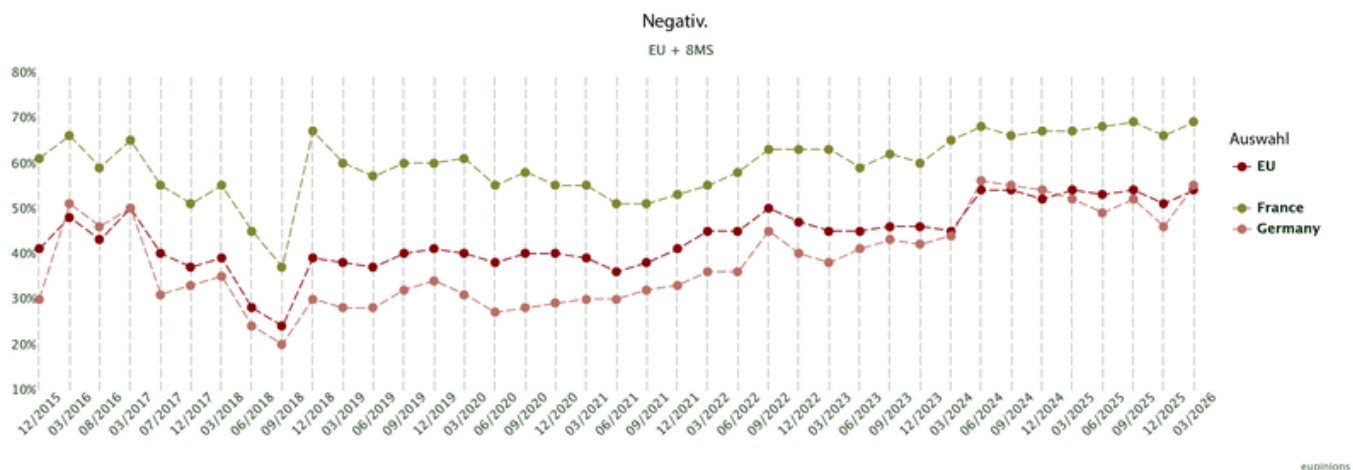
Artikel 49.3 verabschiedet, sieht ein öffentliches Defizit von 5 Prozent des BIP vor – über dem ursprünglichen Regierungsziel von 4,7 Prozent. 2024 lag das Defizit bei 5,8 Prozent, 2025 bei 5,4 Prozent. Die Rückkehr unter die 3-Prozent-Marke wird offiziell für 2029 angestrebt – sie hängt jedoch von einer politischen Stabilität und politischen Durchsetzungskraft ab, die das Land spätestens seit der Auflösung der Nationalversammlung im Juni 2024 nicht mehr kennt.

In den letzten beiden Jahren konnte Paris noch darauf verweisen, dass die Wirtschaft trotz allem (moderat) wuchs, während die Deutschlands stagnierte. Nun hält auch dieses Argument nicht mehr stand. Das französische Wachstum ist im ersten Quartal 2026 auf null Prozent gesunken; die Regierungsprognose von 0,9 Prozent für das Gesamtjahr erscheint Beobachtern bereits gefährdet. Auf der anderen Seite belastet der aktuelle externe Schock das Wirtschaftswachstum beider Länder: Die Prognosen für Deutschland lagen Anfang des Jahres noch bei 1,4 Prozent. Vor allem wegen der großen staatlichen Investitionspakete. Nun hat das ifo-Institut Deutschlands Wachstumsprognose wegen des Iran-Krieges auf 0,8 Prozent (Deeskalationsszenario) bzw. 0,6 Prozent (Eskalationsszenario) abgesenkt. Die Banque de France revidierte ihrerseits am 25. März 2026 die Wachstumsprognose für 2026 von 1,0 auf 0,9 Prozent. Beide Volkswirtschaften treten auf der Stelle. Frankreich wächst nicht mehr nennenswert schneller als Deutschland – und trägt zugleich die deutlich schwerere Schuldenlast.

Hinzu kommt ein psychologischer Befund: 70 Prozent der Franzosen schauen laut der eupinions trends der Bertelsmann Stiftung negativ in ihre persönliche Zukunft ([Quelle](#)). Passend dazu ist die Sparquote der französischen Haushalte außergewöhnlich hoch. Sie lag in 2025 bei 18 Prozent – gegenüber 15 Prozent vor der Pandemie. Das INSEE ([Quelle](#)) spricht von einem kollektiven Pessimismus, der spezifisch französisch sei und sich weder in Deutschland noch in Italien in dieser Form finde. Wer pessimistisch ist, spart; wer spart, konsumiert nicht; wer nicht konsumiert, schwächt das Wachstum, das wiederum den Pessimismus nährt. Es ist eine sich selbst verstärkende Schleife. Belastend vor allem in einem Land, dessen Wachstum stark von der Binnenkonjunktur abhängt.

eupinions trends / Personal Outlook

Wie sieht Ihr persönlicher Ausblick auf die Zukunft im Allgemeinen aus? Positiv oder negativ?



Wie sieht Ihr persönlicher Ausblick auf die Zukunft im Allgemeinen aus? Positiv oder negativ? © www.eupinions.eu

Eine dreigeteilte politische Landschaft

Die politischen Kräfteverhältnisse spiegeln diese Stimmung. Die traditionelle Organisation des politischen Systems in zwei politische Lager ist durch ein Drei-Blöcke-System abgelöst worden: extreme Rechte, Mitte, Linke – jeder Block liegt strukturell bei rund einem Drittel, keiner ist mehrheitsfähig. Die Folge ist seit Sommer 2024 eine Reihe kurzlebiger Regierungen ohne eigene Mehrheit in der Assemblée: Barnier, Bayrou, die erste und die zweite Regierung Lecornu. Trotz der Suche nach neuen Methoden der Kompromissbildung unter Lecornu, wird Politik weiterhin nicht mehr verhandelt und beschlossen, sondern verzögert, blockiert oder per Verordnung durchgesetzt.

In den aktuellen Umfragen zur Präsidentschaftswahl dominiert der Rassemblement national mit historischer Klarheit: Jordan Bardella erzielt zwischen 34 und 38 Prozent der Stimmenabsichten – Werte, die in der Geschichte der Umfragen ein Jahr vor der Wahl seit François Mitterrand 1988 nicht mehr erreicht wurden. Eine am 4. Mai 2026 publizierte Umfrage von Toluna Harris Interactive sähe Bardella in der ersten Runde vor Édouard Philippe und Jean-Luc Mélenchon ([Quelle](#)). Natürlich ist hier Vorsicht geboten: Ein Jahr vor dem Urnengang identifizieren Umfragen nur selten korrekt den Sieger. Aber ein Trend ist ein Trend, und er lässt sich mittlerweile auf mehreren Ebenen beobachten. Eine davon ist neu und bemerkenswert: die Annäherung der Wirtschaftseliten an den Rassemblement national.

Die Wirtschaftselite bereitet sich vor

Am 20. April 2026 hat Jordan Bardella mit dem Bureau exécutif des MEDEF zu Mittag gegessen. Es war das erste Mal, dass der RN auf dieser Ebene vom französischen Arbeitgeberverband empfangen wurde. Wenige Tage zuvor hatte Marine Le Pen mit Vertretern des CAC 40 gespeist. *Politis* ([Quelle](#)) und *L'Humanité* ([Quelle](#)) sprechen von einer neuen Phase: nach der politischen Entdämonisierung nun die ökonomische. Soziologe Michel Offerlé fasst die Logik zusammen: Ein Teil des

Patronats glaube, einen RN an der Macht zähmen und ihn für die Interessen der Arbeitgeberseite gewinnen zu können.



Wahlplakatwand im Departement Marne. Von Gérald Garitan — Eigene Arbeit, CC BY-SA 4.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=149750496>

Auch im RN selbst ist die Tonlage strategisch geworden: Die Partei hat François Durvy, ehemalige rechte Hand des national-konservativen Milliardärs Pierre-Édouard Stérin, als Sonderberater verpflichtet, um ein „großes Vereinfachungsdekret“ für die französische Wirtschaft vorzubereiten. Gleichzeitig räumt der RN-Wirtschaftsexperte Matthias Renault offen ein, die Hauptsorge der Partei sei die Reaktion der Finanzmärkte – das Schreckgespenst eines Liz-Truss-Szenarios geht um, deren radikaler Haushaltsentwurf die Märkte einstürzen ließ und das Ende ihrer Amtszeit bedeutete. Diese Wende der Wirtschaft ist in der aktuellen Situation sicherlich taktisch, pragmatisch, zuweilen auch opportunistisch; sie kann aber auch als ein Misstrauensvotum gegen das Mitte-Lager gelesen werden. Wenn ein wachsender Teil der Wirtschaftselite den Rassemblement national als politischen Partner in Erwägung zieht, signalisiert dies unter Umständen im Umkehrschluss, dass Macronie und Mitte als Reformkraft inzwischen nicht mehr ernstgenommen werden. Damit verlöre die Mitte nicht nur Wahlboden, sondern auch eine wichtige verbliebene Bündnisbasis.

Die Mitte & die Konservativen: ein ambitioniertes Vakuum

Zwischen RN, LFI und einer fragmentierten gemäßigten Linken liegt der Bloc central plus die Gruppe der Rechts-Konservativen, die sich über ihr Verhältnis zum RN zerstritten haben – dieser politische Raum ist zugleich überfüllt mit Persönlichkeiten und uneinig: Aurore Bergé, Gabriel Attal, Édouard Philippe, Gérald Darmanin, Michel Barnier, Xavier Bertrand, David Lisnard, Laurent Wauquiez, Bruno Retailleau – die Liste potenzieller Anwärter ist lang. Der Wiedereinzug von Édouard Philippe ins Rathaus von Le Havre am 22. März 2026 mit 47,71 Prozent hat ihn zum bevorzugten Kandidaten der Mitte-Sympathisanten gemacht: 76 Prozent der zentristischen Sympathisanten sehen in ihm den natürlichen Anführer des Blocks ([Quelle](#)).

Vorrang allein bedeutet jedoch keine Geschlossenheit. Viele Wähler der Mitte und der Konservativen befürworten zwar eine Vorwahl zur Bestimmung eines Einheitskandidaten – nur die Kandidaten selbst tun es nicht. Xavier Bertrand und Édouard Philippe lehnen eine Vorwahl ausdrücklich ab; Gabriel Attal schließt sie nicht aus. Durch starke Konkurrenz und die Uneinigkeit schwächen sich die Anwärter zurzeit mehr, als dass sie die gemeinsame Sache voranbringen.

Die Linke und Mitte-Links: dieselbe Krankheit, andere Symptome

Auf der anderen Seite des Drei-Blöcke-Systems wiederholt sich das Drama von Mitte-Rechts mit leicht verschobenen Akteuren. La France insoumise (LFI) hat einen klaren Spitzenkandidaten: Mélenchon, 2027 75 Jahre alt, mit Umfragewerten zwischen 13 und 15 Prozent. Seine Stärke liegt nicht in der Verbreiterung seiner Wählerschaft, sondern in einer für Mitte und Sozialdemokratie unerreichbaren Geschlossenheit zwischen Kandidat, Partei und Aktivistenbasis.

Genau diese Geschlossenheit fehlt der gesamten übrigen Linken. Im Frühjahr 2026 hat sich das Mitte-links-Lager in eine Vielzahl konkurrierender Initiativen aufgespalten. Marine Tondelier (Les Verts) hat ihre Kandidatur ebenso angekündigt wie die beiden ehemaligen LFI-Politiker François Ruffin (Debout!) und Clémentine Autain (L'Après); Fabien Roussel (PCF) hat noch nicht abgesagt. Sozialdemokraten wie Raphaël Glucksmann, François Hollande und Bernard Cazeneuve halten sich bereit, ohne sich offen zu positionieren. Olivier Faure, Parteichef der Sozialisten, agiert ebenfalls verdeckt – worauf der Sozialist Jérôme Guedj seine eigene Kandidatur ausgerufen hat. Während gleichzeitig sein Fraktionschef Vallaud ihn mit programmatischen Schriften und Medienauftritten unter Druck setzt.

Die Idee einer offenen Vorwahl der Linken wird vor allem von Marine Tondelier vorangetrieben. Doch die wichtigsten Konkurrenten winken ab: Mélenchon, Glucksmann und Hollande haben eine Vorwahl bereits abgelehnt; Roussel ebenfalls. Glucksmann – der einzige sozialdemokratische Kandidat, der in den Umfragen sichtbar ist – setzt darauf, sich über die öffentliche Meinung statt über ein Parteiverfahren durchzusetzen. Die gemäßigte Linke steckt damit in derselben Falle wie die Mitte: Je notwendiger die Einigung, desto stärker das individuelle Interesse jedes Bewerbers, sich der kollektiven Auswahl zu entziehen. Dies gelingt umso mehr, als die disziplinierende Rolle der Parteien nur noch an den Rändern zu wirken scheint. Bleibt die Frage, wie sich das Feld lichten könnte. Eine offene Vorwahl scheint utopisch, eine geschlossene halbherzig, eine Hinterzimmer-Diplomatie weniger glaubwürdig denn je. Es bleibt die Logik der Umfragen – aber wie Christelle Craplet von Ipsos-BVA ([Quelle](#)) jüngst eingeräumt hat: Sich beim „Casting“ der Präsidentschaftswahl auf Umfragen zu verlassen, sei beunruhigend, weil es eine Unfähigkeit der Politik offenbare, eigene mehrheitsfähige und präsidiable Persönlichkeiten zu identifizieren.

Zuletzt zwei Schlussfolgerungen

Die erste ist eine simple Feststellung: Wenn sich weder die Mitte noch die gemäßigte Linke zusammenraufen und organisieren, hat der Rassemblement national leichtes Spiel. Wer auch immer aus dem RN antritt, wird nach heutigem Stand den zweiten Wahlgang erreichen. Wenn die Mitte mit drei oder vier Kandidaten in den ersten Wahlgang zieht – und die Linke ebenfalls fragmentiert antritt –, wird sie ihn nicht erreichen. Ein Szenario Le Pen oder Bardella – Mélenchon scheint dann für den 2. Wahlgang wahrscheinlich.

Die zweite ist unbequemer. Die Ära Macron endet vielleicht nicht erst 2027 – sie hat unter Umständen ihren Bruchpunkt bereits am Abend des 9. Juni 2024 erlebt, als der Präsident die Nationalversammlung auflöste und sich die politische Dreiteilung des Landes offenbarte. In diesem Fall stünde 2027 weniger das Erbe Macrons zur Wahl als das Frankreich danach: ein politisches System, in dem keine der drei großen Strömungen allein regieren kann, und in der politische Handlungsfähigkeit geschweige denn Reformfähigkeit rar ist. Die Wahl 2027 wird die nächste Präsidentin oder den nächsten Präsidenten bestimmen. Sie wird aber wohl nicht automatisch klären, wer regieren kann. Unter Umständen brächte schon die nächste Parlamentswahl wieder eine Pattsituation – sie zu verhindern wird Aufgabe einer Mitte und einer linken Mitte sein, die sich heute noch sehr viel entschiedener organisieren müssten als sie es bislang tun.

Die deutschen Freunde und die europäischen Partner müssen sich darauf einrichten: Die Frage ist nicht nur, wer den Élysée gewinnt. Die Frage ist, wer Frankreich – mit oder ohne Élysée – regieren und Deutschland und Europa ein starker Partner bleiben kann.

Isabell Hoffmann hoffmann@dfi.de

Deutsch-Französisches
Institut

[Asperger Straße 34](#)

[D-71634 Ludwigsburg](#)

Telefon: [+49 \(0\) 7141 93](#)

[03 0](#)

Telefax: [+49 \(0\) 7141 93](#)

[03 50](#)

Allgemeine Anfragen:

info@dfi.de

Presseanfragen:

presseanfrage@dfi.de

Frankreich-Bibliothek (dfi)

[Asperger Straße 30](#)

[D-71634 Ludwigsburg](#)

Telefon: [+49 \(0\) 7141 93](#)

[03 34](#)

Telefax: [+49 \(0\) 7141 93](#)

[03 55](#)

[frankreich-](#)

bibliothek@dfi.de

[Impressum](#)

[Datenschutz](#)

[Kontakt](#)

[Cookie-](#)

[Einstellungen](#)